ATOMWAFFENVERBOTSINITIATIVE

Medienmappe

Einreichung der Volksinitiative für den Beitritt der Schweiz zum UNO-Atomwaffenverbotsvertrag

Bern, 23 Dezember 2025

Medienkontakt:

Florian Eblenkamp (ICAN), florian@icanw.org, 077 976 14 21

Joris Fricker (GSoA), joris@atomwaffenverbot.ch, 079 680 20 12

Inhalt

Inhalt **2**
Medienmitteilung: Atomwaffenverbots-Initiative eingereicht - Schweiz soll völkerrechtliches Verbot mittragen **3**
Initiativtext 4
Darum Gehts: 4
TPNW Fact Sheet 5
Was ist der TPNW? 5
Warum ist der TPNW für die Schweiz wichtig? 5
Warum ist der TPNW sicherheitspolitisch relevant? 6
Timeline TPNW und die Schweiz: 7
Neue Umfrage: 72% für den TPNW 10
Statement von ICAN 12
Statement von Lisa Mazzone 15
Statement von Fabian Molina 17
Statement von Carlo Sommaruga **18**
Statement von Marc Jost 19
Statement von Rosmarie Quadranti 21
Statement GSoA 23

Atomwaffenverbots-Initiative eingereicht - Schweiz soll völkerrechtliches Verbot mittragen

Heute hat die Allianz für das Atomwaffenverbot bei der Bundeskanzlei in Bern die Unterschriften für die Volksinitiative zum Beitritt der Schweiz zum UNO-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen (TPNW) eingereicht. Damit kommt eine aussen- und sicherheitspolitische Grundsatzfrage vors Volk: Soll die Schweiz dem völkerrechtlichen Verbot von Atomwaffen beitreten oder weiterhin abseits stehen?

Der TPNW ist seit 2021 in Kraft und verbietet Atomwaffen völkerrechtlich. Somit schliesst er eine grosse Lücke im humanitären Völkerrecht: Atomwaffen sind nun genau wie die anderen Massenvernichtungswaffen ausdrücklich verboten. Die Schweiz hat den Vertrag mitverhandelt, seine Annahme 2017 in der UNO unterstützt und wurde 2018 von National- und Ständerat mit klaren Mehrheiten aufgefordert, ihm beizutreten. Dennoch hat der Bundesrat den Beitritt bis heute verweigert.

Dies geschieht trotz einer sich verschärfenden sicherheitspolitischen Lage. In der im Dezember 2025 vorgestellten Sicherheitspolitischen Strategie bezeichnet der Bundesrat Atomwaffen selbst als eine der grössten Bedrohungen und hält fest, dass das Risiko einer nuklearen Eskalation heute so hoch sei wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Gleichzeitig betont er, dass die Sicherheit der Schweiz am besten in einer Welt gewahrt werde, in der Macht durch Recht begrenzt und das humanitäre Völkerrecht gestärkt wird.

Eine repräsentative Umfrage vom November 2025 zeigt zudem eine breite demokratische Abstützung der Initiative: 72 % der Stimmberechtigten unterstützen den Beitritt zum TPNW, mit Mehrheiten in allen Parteien und ohne Stadt-Land- oder Röstigraben.

Annette Willi von ICAN betont den sicherheitspolitischen Kern der Initiative: «Der Bundesrat beschreibt Atomwaffen selbst als existenzielle Bedrohung und setzt auf Völkerrecht als Antwort. Der TPNW ist genau das naheliegende Instrument, um diese Strategie glaubwürdig umzusetzen.»

Auch aus Sicht von Joris Fricker von der GSoA ist die Lage eindeutig: «Diese Initiative zeigt, wie breit der Wunsch nach einem Atomwaffenverbot in der Bevölkerung verankert ist. Die Schweiz hat keine Atomwaffen, plant keine und ist in keine nukleare Abschreckung eingebunden – es gibt keinen sachlichen Grund, dem Verbot weiterhin fernzubleiben.»

Mit der Einreichung der Initiative liegt der Entscheid nun bei der Bevölkerung. Die Allianz ist überzeugt: Ein Beitritt zum TPNW wäre die konsequente Weiterführung der humanitären, neutralen und völkerrechtlichen Tradition der Schweiz.

Initiativtext

Eidgenössische Volksinitiative “Für den Beitritt der Schweiz zum Vertrag der Vereinten Nationen über das Verbot von Atomwaffen (Atomwaffenverbots-Initiative)”

Die Bundesverfassung[1] wird wie folgt geändert:

Art. 197 Ziff. 17 [2]
17. Beitritt der Schweiz zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag

[1] Die Schweiz tritt dem Vertrag der Vereinten Nationen über das Verbot von Atomwaffen bei.
[2] Der Bundesrat ratifiziert den Vertrag über das Verbot von Atomwaffen und übermittelt die Ratifikationsurkunde an das Sekretariat der UNO.

[1] SR 101
[2] Die endgültige Ziffer dieser Übergangsbestimmung wird nach der Volksabstimmung von der Bundeskanzlei festgelegt.

Darum Geht’s:

Atomwaffen sind dafür gemacht, ganze Städte auszulöschen. Die Bedrohung durch diese zerstörerischen Waffen ist real und so gross wie seit langem nicht mehr. So versetzen einige wenige Machthabende die gesamte Menschheit und die Umwelt in Gefahr, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Nur die Abschaffung von Atomwaffen kann langfristig Sicherheit garantieren. Genau dieses Ziel verfolgt der UNO- Atomwaffenverbotsvertrag..

Trotzdem hat der Bundesrat 2024 entschieden, dass er dem Atomwaffenverbotsvertrag weiterhin nicht beitreten will. Mit diesem Entscheid verpasst es die Schweiz als Depositarstaat der Genfer Konventionen, ein starkes Zeichen für die Ächtung von Atomwaffen zu setzen. Mit der Atomwaffenverbotsinitiative lassen wir die Bevölkerung darüber entscheiden, ob die Schweiz ihre humanitäre Tradition und ihre friedenspolitische Verantwortung wahrnehmen soll.

ATOMWAFFENVERBOTSINITIATIVE

TPNW Fact Sheet

Was ist der TPNW?

Der Vertrag über das Verbot von Atomwaffen (Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons, TPNW) ist ein völkerrechtlicher Vertrag der Vereinten Nationen, der Atomwaffen vollständig verbietet. Er wurde 2017 von der UNO-Generalversammlung verabschiedet und trat 2021 in Kraft.

Der Vertrag untersagt die Entwicklung, Erprobung, Herstellung, Erwerb, Besitz, Lagerung, Weitergabe, Annahme, Einsatz, Drohung mit dem Einsatz, Stationierung sowie Unterstützung bei diesen verbotenen Handlungen.

Er verpflichtet die Vertragsstaaten ausserdem zur Zusammenarbeit, um von Nuklearwaffen betroffenen Menschen zu helfen und durch Nuklearwaffen entstandende Umweltschäden zu reparieren.

Aktuell hat bereits eine globale Mehrheit (99 Staaten) den Vertrag unterschrieben oder ratifiziert, trotz des massiven Drucks der Atomwaffenstaaten. Unter den Vertragsstaaten befindet sich noch kein Atomwaffenstaat und kein NATO Staat. Die militärisch neutralen Staaten Europas, Irland, Malta und Österreich sind beigetreten.

Warum ist der TPNW für die Schweiz wichtig?

Der Vertrag entspricht den zentralen Grundsätzen der Schweizer Aussenpolitik und würde die Glaubwürdigkeit der Schweiz in der humanitären Diplomatie stärken.

Der TPNW stärkt die sicherheitspolitische Souveränität der Schweiz. Er ermöglicht, Transparenz von Atommächten einzufordern, humanitäre Normen zu festigen und ein internationales Rechtssystem zu unterstützen, das existentielle Risiken für die Schweiz reduziert. Er stärkt zudem die Rolle der Schweiz als glaubwürdige, neutrale Vermittlerin.

Ein Beitritt der Schweiz zum TPNW würde keinen sicherheitspolitischen Kurswechsel darstellen. Die Schweiz besitzt keine Atomwaffen, beteiligt sich nicht an nuklearer Abschreckung und ist nicht in nukleare Bündnisstrukturen eingebunden.

Als Vertragsstaat könnte die Schweiz jedoch einen qualitativ anderen Beitrag zur internationalen Sicherheit leisten: Sie würde aktiv an der Stärkung einer völkerrechtlichen Norm gegen Atomwaffen mitwirken, statt den bestehenden nuklearen Status quo lediglich zu akzeptieren. Damit könnte sie – trotz begrenztem Einfluss auf die globale Sicherheitslage – eine überproportionale Rolle im Bereich der Abrüstung und des humanitären Völkerrechts spielen.

Sicherheitslagen, Bedrohungsanalysen und Rüstungskontrollarchitekturen verändern sich ständig. Für einen kleinen europäischen Staat sind diese Entwicklungen nur begrenzt beeinflussbar. Stabiler und langfristig wirksam sind hingegen Werte, rechtliche Prinzipien und humanitäre Traditionen, die das internationale Engagement der Schweiz seit Jahrzehnten leiten.

Warum ist der TPNW sicherheitspolitisch relevant?

Atomwaffen stellen ein existentielles Risiko für die Menschheit dar. Kein Staat und keine internationale Organisation ist in der Lage, auf einen Atomwaffeneinsatz angemessen humanitär zu reagieren. Bei einem Atomkrieg wäre auch die Schweiz betroffen, ganz egal ob sie an einem Konflikt beteiligt ist oder nicht. Daher ist es das legitime Sicherheitsinteresse der Schweiz die internationale Norm gegen diese Waffen zu stärken. Der TPNW stigmatisiert Atomwaffen und erhöht so den politischen und rechtlichen Druck auf Atomwaffenstaaten.

Die im Dezember 2025 vorgestellte Sicherheitspolitische Strategie des Bundesrats erkennt sowohl die humanitären Risiken von Atomwaffen an als auch die zentrale Rolle des Völkerrechts, insbesondere des humanitären Völkerrechts, im Kampf gegen diese Risiken. Der Beitritt zum TPNW steht damit im Einklang mit den sicherheitspolitischen Prioritäten des Bundesrats.

Timeline TPNW und die Schweiz:

2025

- Am 23. Dezember wird die Volksinitiative zum Beitritt der Schweiz zum Atomwaffenverbot eingereicht.
- Eine neue repräsentative Umfrage vom November 2025 zeigt, dass die Unterstützung für den TPNW sehr gross ist. 72% der Stimmberechtigten sind für den Beitritt, und eine absolute Mehrheit der Wählenden aller Parteien sind dafür. Unter Wählenden der SP/Grünen und GLP sind 92% dafür, in der Mitte 78%, FDP 68% und der SVP 51%.
- Der Bundesrat beantwortet eine Interpellation von Beat Flach (GLP). Darin gibt er zu, dass durch einen TPNW Beitritt keine bestehende oder geplante Form der Zusammenarbeit mit der NATO oder anderen Partnern beeinträchtigt wäre.

2024

- Am 2. Juli lanciert die Allianz für ein Verbot von Atomwaffen eine Volksinitiative, damit die Schweiz dem TPNW beitritt.
- Am 27. März beschließt der Bundesrat, an seiner Position festzuhalten und dem TPNW nicht beizutreten. Er hält die Verpflichtung der Schweiz zur Nichtverbreitung von Kernwaffen für ausreichend.

2023

- Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats (APK-N) befasst sich mit dem Schweizer Beitritt zum TPNW. Mit einer einzigen Gegenstimme bei sonstiger Zustimmung wird der Bundesrat an die Motion von 2019 erinnert und aufgefordert, dem Vertrag beizutreten. Von SP bis SVP ist man sich einig: Die Schweiz soll dem TPNW beitreten.
- Mehrere parlamentarische Fragen in der Herbstsession von Nik Gugger (EVP), Fabian Molina (SP), Marionna Schlatter (Grüne) and Melanie Mettler (Grünliberale) werden enttäuschenderweise wortgleich schriftlich und nichtssagend beantwortet.

2022

- Der Bundesrat überprüft den Beitritt der Schweiz zum Atomwaffenverbotsvertrag. Dafür wartet er einen Bericht des EDA ab, welcher Anfang 2023 erscheinen soll. Dieser Bericht wird nie erscheinen.
- Die erste Vertragsstaatenkonferenz des TPNW findet im Juni 2022 in Wien statt. Dabei beschließen die Staaten eine politische Erklärung und einen konkreten Aktionsplan, um das völkerrechtliche Atomwaffenverbot in die Tat umzusetzen. Darin verurteilen die Vertragsstaaten als erstes multilaterales Forum „nukleare Drohungen aller Art und unabhängig von den Umständen“ und erkennen den Nichtverbreitungsvertrag (NVV) als Eckpfeiler des nuklearen Abrüstungs- und Nichtverbreitungsregime an.
- Die Schweiz nimmt im Juni 2022 als Beobachterin am ersten Treffen der TPNW-Vertragsstaaten in Wien teil. Sie begrüsst „die verschiedenen Erklärungen, wonach der Zweck der TPNW darin besteht, zur Umsetzung der Bestimmungen des NVV beizutragen“.
- Bei der Überprüfungskonferenz des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrags (NPT) erkennen alle Staaten die Vereinbarkeit von NPT und TPNW an. Die Konferenz endet dennoch ohne formelles Ergebnis.
- Die Schweiz kündigt an, dass im Laufe des Jahres 2022 eine „neue Bewertung“ der schweizerischen Position bezüglich eines Beitritts zur TPNW auf der Grundlage der Ergebnisse der jetzigen Tagung und der 10. NVV-Überprüfungskonferenz. „Unabhängig vom Ergebnis dieser neuen Evaluierung beabsichtigt die Schweiz, sich weiterhin konstruktiv am TPNW zu beteiligen“, heisst es.

2021

- In seiner Antwort auf eine parlamentarische Anfrage sagt EDA-Vorsteher Ignazio Cassis, dass es „**kein Problem sein wird, diesem Vertrag beizutreten**“, wenn die von einigen anderen Staaten geäusserten Bedenken hinsichtlich der Auswirkungen des TPNW auf den Atomwaffensperrvertrag „aufgegeben“ werden. Das EDA möchte aber die Ergebnisse der NVV Überprüfungskonferenz abwarten.
- Am 22. Januar 2021 tritt der Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft.

2020

- Honduras ratifiziert als 50. Staat den Atomwaffenverbotsvertrag. Dieser wird damit zur völkerrechtlichen Norm und tritt 90 Tage später in Kraft.

2019

- Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrates (APK-N) spricht sich für die Ratifikation des UNO-Vertrags über das Atomwaffenverbot (TPNW) aus.
- Mehrere Schweizer Städte, darunter Basel, Bern, Genf , Luzern, Zürich, appellieren an den Bundesrat den TPNW zu unterzeichnen und zu ratifizieren.

2018

- Mit grosser Mehrheit und parteiübergreifend fordern Nationalrat und Ständerat den Bundesrat zur Unterzeichnung und Ratifizierung des TPNW auf.
- Eine Interdepartementale Arbeitsgruppe des Bundesrats stellt fest, dass der TPNW die bestehenden Verträge zur nuklearen Rüstungskontrolle, insbesondere den Nichtverbreitungsvertrag (NPT), ergänzt.

2017

- 122 Staaten stimmen für die Annahme des Atomwaffenverbotsvertrags. Darunter auch die Schweiz, deren Diplomatinnen und Diplomaten an der Ausgestaltung des Vertragswerkes beteiligt waren.

Neue Umfrage: 72% für den TPNW

Mehr als 70 % der Schweizer Stimmbevölkerung unterstützen den Beitritt zum UNO-Atomwaffenverbotsvertrag.

Eine in Le Temps veröffentlichte Umfrage zeigt, dass 72 % der Schweizer Stimmberechtigten den Beitritt der Schweiz zum UNO-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen (TPNW) unterstützen.

Die Umfrage folgt auf die Ankündigung der Schweizer Allianz für das Atomwaffenverbot, dass sie in der vergangenen Woche die erforderliche Anzahl Unterschriften für die Einreichung einer Volksinitiative gesammelt hat, und die Volksinitiative am 23. Dezember in Bern eingereicht wird.

Dies erhöht den Druck auf den Bundesrat, den TPNW zu unterzeichnen – nach mehreren Jahren, in denen der Bundesrat dies abgelehnt hat, obwohl die Schweiz bei den Verhandlungen und der Annahme des Vertrags im Jahr 2017 eine führende Rolle spielte und das Parlament 2018 dem Beitritt zugestimmt hatte.

Die Umfrage zeigt: Sollte der Bundesrat weiterhin auf eine Unterzeichnung verzichten und es zu einer Volksabstimmung kommen, hätte diese vor dem Volk grosse Chancen angenommen zu werden.

Gemäss der vom Institut Demoscope durchgeführten, repräsentativen Umfrage sprechen sich lediglich 17 % der Stimmberechtigten gegen einen Beitritt zum TPNW aus, weitere 12 % sind unentschieden.

Die Umfrage zeigt, dass in allen Parteien eine Mehrheit der Wählerschaft den Beitritt unterstützt: SVP 51 %, FDP 68 %, Die Mitte 78 %, SP/Grüne/GLP 92 %, Andere 70 %. Die Unterstützung ist sowohl in der Deutsch- wie auch in der Westschweiz sowie in städtischen und ländlichen Gebieten gleichermassen hoch.

Am stärksten ist die Unterstützung bei Männern über 55 Jahren mit höherer Bildung – jener Bevölkerungsgruppe, die sich erfahrungsgemäss am häufigsten an Volksabstimmungen beteiligt. Die Zustimmung ist jedoch in allen Alters-

und Bildungsgruppen hoch. Selbst bei jungen Menschen mit niedrigerem Bildungsniveau liegt der Anteil der Gegnerinnen und Gegner bei lediglich 19 %.

Annette Willi von der International Campaign to Abolish Nuclear Weapons (ICAN) und Mitglied des Initiativkomitees fordert den Bundesrat auf, der humanitären Tradition der Schweiz gerecht zu werden:

> *"Der TPNW verbietet sämtliche atomwaffenbezogenen Aktivitäten und ist vollständig mit dem schweizerischen Recht vereinbar. Die Mehrheit der Staaten weltweit hat ihn bereits unterzeichnet oder ratifiziert – auch die Schweiz sollte dies tun. Wenn der Bundesrat den in dieser Umfrage klar zum Ausdruck kommenden demokratischen Willen der Bevölkerung ignoriert, verzögert er lediglich das Unvermeidliche. Stattdessen sollte er jetzt das Richtige tun und den Vertrag unterzeichnen."*

Joris Fricker, politischer Sekretär der GSoA, unterstreicht die Ergebnisse der Umfrage:

> *"Beim Sammeln von Unterschriften auf der Strasse war dann Erklärungsbedarf vorhanden, wenn es darum ging, den Passant*innen zu erklären, wieso der Bundesrat den TPNW nicht schon längst unterzeichnet hat. Zugegeben: Hier fand sich offensichtlich keine überzeugende Erklärung. Umso weniger musste man den TPNW und dessen Wichtigkeit erklären: Die Leute unterschrieben gerne."*

Statement von ICAN

Wir sind heute hier, damit die Schweiz ihre Verantwortung wahrnimmt. Die Einreichung von mehr als 130 000 Unterschriften für den Beitritt der Schweiz zum Atomwaffenverbotsvertrag ist nicht nur ein demokratisches Signal.

Es ist eine sicherheitspolitische Notwendigkeit.

Letzte Woche hat Bundesrat Martin Pfister hier die neue Sicherheitspolitische Strategie der Schweiz vorgestellt. In dieser Strategie identifiziert der Bundesrat die Existenz von Atomwaffen als eine der Hauptbedrohungen für die Schweiz (S. 18). Er erinnert daran, dass das Risiko einer nuklearen Eskalation im aktuellen Kontext ein seit Jahrzehnten beispielloses Ausmass erreicht hat, und betont, dass «der Einsatz von Atomwaffen [...] katastrophale Folgen für die Welt hätte» (S. 18).

In diesem angespannten Umfeld schlägt der Bundesrat dann als Beitrag zum Schutz unseres Landes Massnahmen vor, die sich auf die Charta der Vereinten Nationen, die Menschenrechte und die Stärkung des humanitären Völkerrechts stützen. (S. 26)

Der Beitritt zum Vertrag über das Verbot von Kernwaffen (TPNW) entspricht somit genau diesem legitimen Anliegen der Schweiz. Unsere Initative schlägt einen klaren Weg vor, um der nuklearen Bedrohung mit der Stärkung des des Völkerrechts, des Multilateralismus und der Diplomatie zu begegnen. Mit den Grundwerten der Schweiz.

Ich möchte zwei wichtige Punkte hervorheben:

1- Die humanitären Folgen eines Einsatzes von Atomwaffen:

Heute gibt es etwa 12.500 Atomwaffen, die weitaus leistungsstärker sind als die in Hiroshima und Nagasaki eingesetzten und von denen viele jederzeit einsatzbereit sind.

Wissenschaftliche Studien zeigen, dass jeder Einsatz von Atomwaffen – ob absichtlich oder versehentlich – katastrophale Folgen hätte, die alles bisher Dagewesene übertreffen würden. Die Schweiz wäre von diesen Folgen

betroffen, selbst im Falle eines sogenannten «begrenzten» Konflikts zwischen Atommächten wie beispielsweise Indien und Pakistan, insbesondere weil ein nuklearer Winter die Landwirtschaft und die Weltwirtschaft gefährden würde. Angesichts der aktuellen Lage können wir ein Katastrophenszenario, auch in Europa, nicht länger ignorieren.

Unsere Regierung ist sich der mit Atomwaffen verbundenen Risiken bewusst, wie sie kürzlich in ihrer neuen Sicherheitsstrategie – und auch in der Vergangenheit – gezeigt hat. Tatsächlich war die Schweiz einer der Initiatoren der heutigen Humanitären Initiative, aus der die TPNW hervorgegangen ist. Im Jahr 2012 gehörte die Schweiz zu den ersten Staaten, die sich mit dieser Frage befassten, Alarm schlugen und zu dem Schluss kamen, dass die einzige Möglichkeit, die von Atomwaffen ausgehende Gefahr zu bannen, darin besteht, sie abzuschaffen, bevor sie uns abschaffen. Diese Erkenntnis führte 2017 zu den Verhandlungen über den TPNW, bei denen die Schweiz eine führende Rolle spielte.

2- Dies bringt uns zu den Schweizer Werten des Multilateralismus und des Völkerrechts

Der Vertrag der Vereinten Nationen über das Verbot von Kernwaffen wurde 2017 mit der Unterstützung von 122 Staaten – darunter die Schweiz – verabschiedet und trat 2021 in Kraft.

Der TPNW füllt eine Lücke im Völkerrecht, indem er alle Aktivitäten im Zusammenhang mit Atomwaffen verbietet: ihre Herstellung, ihren Besitz, ihren Einsatz und die Androhung ihres Einsatzes.

Bis heute haben 99 Staaten den TPNW unterzeichnet oder ratifiziert, und ihre Zahl steigt weiter. Diese Staaten tun das Vernünftige und Verantwortungsvolle: Sie schützen die Zukunft, indem sie Atomwaffen inakzeptabel machen.

Es ist in der Tat Aufgabe jedes Staates, Maßnahmen zur Verringerung der nuklearen Risiken und letztlich zur Abschaffung dieser Waffen zu ergreifen – im Namen des humanitären Völkerrechts, der Menschenrechte, ethischer Gebote und humanitärer Grundsätze. Mit anderen Worten: Der TPNW entspricht genau dem, was die neue Sicherheitsstrategie als Antwort auf die nukleare Bedrohung vorschlägt.

Unser Land hat zwar zum Text des Vertrags beigetragen und für seine Verabschiedung gestimmt, aber dennoch haben wir ihn weder unterzeichnet noch ratifiziert. Nach der Verabschiedung des Vertrags hat der Bundesrat unter der Verantwortung von Ignazio Cassis begonnen, sich davon zu distanzieren. Seine Begründungen für die Nichtunterzeichnung des TPNW ändern sich seit Jahren:

Zunächst wurde argumentiert, der TPNW könnte den Atomwaffensperrvertrag (NPT) gefährden. Heute räumt der Bundesrat selbst ein, dass sich die beiden Verträge ergänzen (z. B. in der Rede der Schweiz vor der 2MSP). Eine Mehrheit der Staaten ist sogar der Meinung, dass der TPNW den NPT stärkt.

Anschließend wurde behauptet, dass die Schweizer Kooperationen im Bereich der konventionellen Sicherheit gefährdet sein könnten. Heute (Interpellation 25.3873 von Beat Flach) bestätigt der Bundesrat offiziell, dass keine bestehenden oder geplanten Projekte davon betroffen wären.

Es gibt keinen objektiven Grund. Es gibt kein rechtliches Hindernis. Es gibt keine sicherheitspolitische Einschränkung.

Es bleibt nur das vage Argument, dass bestimmte Atomwaffenstaaten und die NATO «nicht begeistert» wären, wenn die Schweiz dem Vertrag beitreten würde. Es gibt also keine innenpolitischen Gründe, sondern lediglich Druck von aussen auf den Bundesrat.

National- und Ständerat haben den Bundesrat aufgefordert, den TIAN 2018 zu unterzeichnen und zu ratifizieren. Das IKRK in Genf und das Schweizerische Rote Kreuz in Bern unterstützen den Vertrag. Und die Bevölkerung? Eine repräsentative Umfrage vom November 2025 zeigt, dass 72 % der Wählerinnen und Wähler den Beitritt unterstützen, unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit: 92 % bei den SP/Grünen/GLP, 78 % in der Mitte, 68 % bei der FDP und 52 % bei der SVP. Alle Regionen des Landes und alle Bildungsgruppen haben sich für den Vertrag ausgesprochen.

Mit anderen Worten: Die Schweiz ist bereit. Das Parlament ist bereit. Die Städte sind bereit. Die Bevölkerung ist bereit.

Die Schweiz – neutrales Land, Gastgeberin der UNO, Hüterin der Genfer Konventionen – steht am Scheideweg. Es ist höchste Zeit, dass sie ihre Verantwortung wahrnimmt, die Schlussfolgerungen der neuen Sicherheitsstrategie zu Atomwaffen in die Praxis umsetzt und ihre Führungsrolle beim Verbot von Atomwaffen wieder aufnimmt, um die Norm zu festigen, die unsere Sicherheit und unser Überleben aller stärkt. Heute ist ein starkes demokratisches Signal erforderlich. Die Schweiz muss dem Atomwaffenverbotsvertrag beitreten, und zwar sofort.

Statement von Lisa Mazzone

Im August haben wir alle einträchtig den 80. Jahrestag der nuklearen Bombardierung Hiroshimas und Nagasakis gedacht. Die Bilder der völlig zerstörten Stadt, festgehalten vom Schweizer Arzt Marc Junod, haben sich mir eingebrannt.

80 Jahre später steht die Welt erneut am nuklearen Abgrund. Atomare Aufrüstung nimmt wieder zu, mehrere Staaten diskutieren offen über Atomwaffen, und nukleare Drohungen werden wieder als politisches Instrument eingesetzt: durch Russland im Krieg gegen die Ukraine, durch Stimmen im Nahen Osten, durch Spannungen zwischen Indien und Pakistan. Gleichzeitig hören wir Forderungen nach neuen Atomwaffentests oder sogar nach Atomwaffen im Weltraum. All dies geschieht in einer Zeit, in der multilaterale Schutzmechanismen geschwächt sind und veraltete nukleare Systeme durch neue Technologien wie künstliche Intelligenz noch anfälliger für Fehler und Fehlkalkulationen werden.

Begründet und legitimiert wird diese gefährliche Entwicklung mit der Theorie der nuklearen Abschreckung. Diese Theorie beruht auf der Drohung mit massenhafter Zerstörung. Doch es gibt keinen wissenschaftlichen Beweis dafür, dass nukleare Abschreckung Frieden geschaffen hat. Was wir hingegen wissen, ist, dass sie scheitern kann – und beinahe mehrfach gescheitert wäre. Zahlreiche Beinahe-Unfälle und Fehlalarme zeigen: Es war oft schlicht Glück, das eine Katastrophe verhindert hat.

Mehr noch: Die Logik der Abschreckung hat uns genau in die heutige Situation geführt. Sie ermöglicht es Russland, mit Atomwaffen zu drohen und diese Drohungen als „legitim“ darzustellen. Sie erlaubt es einem Aggressor, sich hinter einem nuklearen Schild zu verschanzen und die internationale Gemeinschaft zu erpressen. Nukleare Abschreckung schützt nicht vor Krieg – sie schützt den Angreifer.

Das sehen wir in der Ukraine ganz konkret: Atomwaffen haben den Krieg nicht verhindert. Sie haben keine Eskalation verhindert. Sie haben im Gegenteil nukleare Drohungen normalisiert. Das ist das Ergebnis von Jahrzehnten Abschreckungslogik: Das Undenkbare wird denkbar.

Wer unter diesen Umständen behauptet, Abschreckung bedeute Sicherheit, verkennt die Realität. Sie funktioniert – bis sie nicht mehr funktioniert. Und dann ist es zu spät.

Für die Schweiz ist diese Logik ohnehin untauglich. Wir haben keine Atomwaffen, wir werden keine haben, und wir sind nicht Teil eines nuklearen Schutzschirms. Unsere Sicherheit beruht nicht auf der Fähigkeit, Städte zu zerstören, sondern auf Diplomatie, Völkerrecht, Stabilität und humanitären Prinzipien.

Genau deshalb ist der Atomwaffenverbotsvertrag keine moralische Symbolpolitik, sondern eine sicherheitspolitische Notwendigkeit. Er anerkennt, dass die Menschheit nicht länger darauf vertrauen kann, dass Abschreckung ewig hält. Er anerkennt, dass die einzig verantwortungsvolle Antwort auf Atomwaffen ihre Ächtung und Abschaffung ist.

Die Schweiz hat hier eine besondere Rolle. Wir sind Verwahrerin der Genfer Konventionen. Wir beherbergen das IKRK und zentrale UNO-Institutionen. Unsere humanitäre Tradition geniesst weltweit Glaubwürdigkeit. Daraus folgt eine Verpflichtung: Wir müssen uns klar positionieren – nicht auf der Seite der Drohlogik, sondern auf der Seite der Menschlichkeit.

Die Schweiz wird niemals glaubwürdig mit Atomwaffen drohen. Aber sie kann etwas viel Wichtigeres tun: dazu beitragen, dass niemand mehr droht.

Der Atomwaffenverbotsvertrag ist der realistische Weg dorthin. Er schafft eine neue internationale Norm und baut auf den Stärken der Schweiz auf. Die Schweiz muss Teil dieser Antwort sein.

Statement von Fabian Molina

Für die SP ist die Sache klar: Der Beitritt zum TPNW ist ein demokratischer Auftrag. 2018 hat das Parlament – ausgelöst durch Carlo Sommarugas Motion – den Bundesrat verpflichtet, dem Vertrag beizutreten. Doch seit sieben Jahren ignoriert die Regierung diesen Auftrag. Und die Begründungen wechseln im Jahresrhythmus.

Dabei zeigt die Geschichte, dass Abrüstung *immer* möglich ist – selbst in Zeiten höchster Spannung. Die Kubakrise brachte die Welt an den Rand des Abgrunds – und war gleichzeitig der Ausgangspunkt für multilaterale Abrüstungsinitiativen wie den Nichtverbreitungsvertrag. Selbst im Kalten Krieg war Fortschritt möglich. Heute aber setzt die Schweiz auf Passivität, obwohl die Risiken grösser sind denn je.

Wir stehen vor einer Proliferationsspirale. Staaten beobachten genau, ob nukleare Drohungen wirken. Wenn Putin mit Atomwaffen Druck ausüben kann, ohne Konsequenzen, dann überlegen sich andere Staaten, ob sie dem Beispiel folgen sollen. Das ist real – der Nahe Osten, Ostasien, Südasien zeigen es. Wer glaubt, Abschreckung stabilisiere die Welt, sollte die Realität betrachten.

Es ist naiv zu glauben, dass das bestehende System ewig hält. Aktuell sehen wir viele Anzeichen, dass gerade wegen der nuklearen Abschreckung immer wieder neue Brandherde entstehen. Naiv ist es, darauf zu vertrauen, dass Technologie nie versagt oder politische Führer immer rational handeln. Der Vertrag ist ein faktenbasierter Ansatz, den Diskurs zu verschieben – hin zu Humanität, Recht und Sicherheit durch Abrüstung.

Die Schweiz ist UNO-Standort, Heimat des IKRK, Hüterin der Genfer Konventionen. Wir leben davon, dass internationales Recht respektiert und gestärkt wird. Unsere Glaubwürdigkeit schwindet, wenn wir andere Staaten über die Wichtigkeit multilateraler Institutionen belehren, aber beim Thema Atomwaffen kneifen, während 99 Staaten Verantwortung übernehmen.

Die SP steht selbstverständlich hinter dieser Initiative. Und wir sagen klar: Die Schweiz soll sich für internationales Recht einsetzen und zu ihren humanitären Werten stehen. Der Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag ist überfällig.

Statement von Carlo Sommaruga

Schon 2018 wurde meine Motion (17.4141) für den Beitritt der Schweiz zum Atomwaffenverbotsvertrag vom Parlament mehrheitlich angenommen. Die Einreichung der Volksinitiative bestätigt diesen demokratischen Willen erneut: Die Bevölkerung erwartet vom Bundesrat, dass er diesen klaren Auftrag endlich erfüllt.

Ich bin überzeugt, dass der TPNW heute das umfassendste und wirksamste Instrument ist, um auf die existenzielle Bedrohung durch Atomwaffen zu reagieren. Er verbietet nicht nur die Entwicklung, Erprobung, Herstellung und den Besitz, sondern zum ersten Mal auch die Androhung ihres Einsatzes – ein entscheidender Punkt, da solche Drohungen in den aktuellen Krisen wieder auftauchen. Dieser Vertrag bietet eine wichtige normative Grundlage, um die nukleare Abrüstung aus der Sackgasse zu führen.

Die Schweiz kann nicht untätig bleiben. Das internationale Genf mit der UNO, dem IKRK und allen Akteuren der humanitären Diplomatie ist ein wichtiger strategischer Trumpf für unser Land. Um diese Rolle und die Glaubwürdigkeit der Schweiz zu stärken, braucht es ein entschlossenes Engagement für Multilateralismus, humanitäres Völkerrecht und ehrgeizige Abrüstungsinitiativen. Der Beitritt zum TIAN würde ein starkes Signal senden: das Signal eines Landes, das seine Verantwortung wahrnimmt und aktiv zum Aufbau einer sicheren internationalen Ordnung beiträgt.

Deshalb ist der Beitritt zum TPNW nicht nur eine moralische Verpflichtung, sondern auch eine Entscheidung, die den Interessen der Schweiz zutiefst entspricht. Es ist an der Zeit, diesen Schritt endlich zu gehen.

Statement von Marc Jost

«Die Schweiz ist stolz auf ihre humanitäre Tradition – und das zu Recht. Als Depositarstaat der Genfer Konventionen tragen wir eine besondere Verantwortung für das humanitäre Völkerrecht. Doch es ist schwer verständlich, warum wir uns bis heute weigern, dem Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten.

Atomwaffen widersprechen allem, wofür unser humanitäres System steht. Sie unterscheiden nicht zwischen Soldaten und Zivilpersonen. Sie verursachen unermessliches Leid über Generationen. Sie zerstören jede Möglichkeit medizinischer Versorgung und humanitärer Hilfe. Die empirischen Fakten über ihre Auswirkungen sind eindeutig – ganz im Gegensatz zur Theorie der nuklearen Abschreckung, deren Wirksamkeit nicht erwiesen ist und nur gilt, solange sie nicht versagt.

Politik muss sich nicht auf Hypothesen stützen, sondern auf das, was wir wissen. Und wir wissen: Atomwaffen haben katastrophale humanitäre Konsequenzen. Wir wissen, dass sie die Zivilbevölkerung zur Geisel einer geopolitischen Logik machen. Und wir wissen, dass ihre Existenz Anreize schafft, dass weitere Staaten sie entwickeln wollen. Der TPNW folgt der erfolgreichen Logik früherer Verbotsregime: chemische Waffen, biologische Waffen, Landminen, Streumunition. Immer hat die Ächtung durch nicht-beteiligte Staaten die internationale Norm gestärkt – und letztlich auch jene Staaten beeinflusst, die die Waffen besassen. Der TPNW schloss eine Rechtslücke: Atomwaffen waren die einzige Massenvernichtungswaffe, die nicht universell verboten war. Jetzt gibt es diesen Rahmen.

Ich danke allen, die gesammelt haben, und ich hoffe, dass der Bundesrat bald erkennt, was die Bevölkerung längst weiss: Ein Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag ist richtig, unkontrovers, notwendig und überfällig. Diese Initiative gibt der Bevölkerung die Möglichkeit, klar auszusprechen, was der Bundesrat seit Jahren verschleppt: Die Schweiz muss dem TPNW beitreten. Nicht aus Ideologie, sondern aus Verantwortung. Denn Glaubwürdigkeit entsteht nicht durch Worte, sondern durch konsequentes Handeln. Ich hoffe, dass wir diesen Schritt gemeinsam tun – für Menschlichkeit, für Recht, für unsere Sicherheit.

Statement von Rosmarie Quadranti

„Sicherheit braucht Verantwortung – nicht Atomwaffen“

Die Schweiz befindet sich, wie viele Staaten, auf der Suche nach der richtigen Antwort auf sicherheitspolitische Herausforderungen. Sicherheit ist wichtig, keine Frage. Als ehemalige Angehörige des Militärischen Frauenhilfsdienstes weiss ich, wie wichtig realistische Sicherheitspolitik ist. Und darum sage ich klar: Atomwaffen sind für die Schweiz keine Lösung. Sie würden unsere Sicherheit nicht stärken – im Gegenteil.

Was wir heute sehen, ist eine Welt, in der nukleare Drohungen wieder salonfähig werden. Das schafft Proliferationsdruck. Staaten fragen sich: Wenn Atomwaffen politisch etwas bringen, wenn sie Aggressoren schützen, sollten wir dann nicht auch welche haben? Das ist der gefährlichste Trend unserer Zeit.

Von einem Einsatz von Atomwaffen wäre die Schweiz betroffen, ganz egal ob wir Teil eines miltärischen Konflikts sind oder nicht. Gewissermassen ein nuklearer Kollateralschaden. Gleichzeitig hätten wir als quasi-Mitglied der nuklearen Abschreckung der NATO keinerlei Einfluss auf die Strategien und Politiken der Atomwaffenstaaten. Es ist doch unser legitimes Sicherheitsinteresse, dass wir uns gleichgesinnte Staaten suchen, mit denen wir an einer Lösung dieses Problems arbeiten können.

Ich halte es für naiv, immer weiter an die Unfehlbarkeit der nuklearen Abschreckung zu glauben. Naiv ist nicht Abrüstung – naiv ist die Hoffnung, dass ein System auf ewig funktioniert, obwohl es oft nur durch Glück gehalten hat. Und dessen Versagen eine globale Katastrophe wäre.

Der TPNW setzt hier an. Er schliesst die rechtliche Lücke, dass Atomwaffen – anders als chemische und biologische Waffen – bisher nicht universell geächtet waren. Er setzt ein Signal, das die Anreize für Proliferation reduziert. Und er baut auf das, was die Schweiz am besten kann: normative Führung, Multilateralismus, Verantwortung.

Der Bundesrat selbst hat bestätigt, dass **kein einziges sicherheitspolitisches Projekt der Schweiz** von einem Beitritt beeinträchtigt würde. Wir haben keine

Atomwaffen, wir planen keine Atomwaffen, wir sind in keinem nuklearen Programm. Warum also zögern?

Andere Staaten handeln. 99 sind aktuell bereits beigetreten. Sie stellen sich gegen nukleare Erpressung, gegen Eskalation, gegen eine Zukunft voller Risiken.

Die Schweiz muss sich entscheiden: Will sie Teil des Problems sein – oder Teil der Lösung? Ich sage klar: Wir müssen Verantwortung übernehmen. Und wir müssen dem TPNW beitreten.

Statement GSoA

Wenn wir heute diese beeindruckende Zahl an Unterschriften übergeben, dann ist das nicht nur ein Erfolg für unsere Initiative – es ist ein Ausdruck des politischen Klimas in der Schweiz. Und dieses Klima ist klar: Die Menschen wollen, dass die Schweiz dem Atomwaffenverbotsvertrag beitritt.

Wir in der GSoA haben in den letzten Monaten hunderte Stunden auf Plätzen, in Dörfern, an Bahnhöfen, an Märkten verbracht. Und dabei haben wir etwas erlebt, das uns alle zutiefst motiviert hat: **Dieses Thema ist nicht im Entferntesten so kompliziert, wie manche tun.** Menschen aller Altersgruppen, aller politischen Richtungen, aller Lebenssituationen haben unterschrieben – oft ohne dass wir mehr als zwei Sätze erklären mussten.

Und auch in ländlichen Gemeinden haben uns ganze Ortsverbände von bürgerlichen Parteien aktiv nach zusätzlichen Bögen gefragt. Das ist keine Anekdote – das ist die Realität dieser Sammlung.

Warum ist das so? Weil die Frage so einfach ist: Sind wir für Atomwaffen oder dagegen? Wollen wir, dass diese Waffen weiter modernisiert werden, weiter drohen, weiter eskalieren – oder wollen wir ein internationales Verbot? Für die Menschen ist die Antwort klar, wie die Umfrage zeigt.

Seit Jahrzehnten ist ein Konflikt, bei dem Atomwaffen zum Einsatz kommen, gleichbedeutend mit Armageddon und dient als Inspiration für verschiedene dystopische Erzählungen. Das erschreckende Erbe dieser Massenvernichtungswaffen ist auch heute noch, 80 Jahre nach Hiroshima und Nagasaki, spürbar, ebenso wie die erheblichen Umweltauswirkungen auf Orte und Bevölkerungsgruppen, die durch Atomtests auf kolonisierten und von indigenen Gemeinschaften bewohnten Gebieten verursacht wurden.

Dank verschiedener Verträge wurden die Atomwaffenarsenale reduziert, aber nicht genug, da das, was heute noch übrig ist, das Leben auf diesem Planeten leicht zerstören könnte. Die nukleare Bedrohung ist nie ganz verschwunden, sondern wurde ignoriert und aus dem allgemeinen Bewusstsein verdrängt. Und es ist offensichtlich, dass, solange solche Waffen existieren, die Gefahr eines Atomkrieges nicht ausgeschlossen werden kann. Wie soll man also in einem geopolitischen Kontext der nuklearen Proliferation, in einer zunehmend

multipolaren und ideologisch unterschiedlichen und gespaltenen Welt reagieren?

Abrüstung erfordert Mut und wird angesichts wachsendem Nationalismus, Rivalitäten und gegenseitigem Misstrauen nicht einfach sein. Dennoch bleibt der bedingungslose Verzicht auf Atomwaffen langfristig die einzig logische Lösung.

Für uns als GSoA war es inspirierend zu erleben, wie breit diese Unterstützung ist. Wir haben etwas geschafft, das man politischen Initiativen oft nicht zutraut: Wir haben Menschen vereint, nicht gespalten. Und das zeigt mehr als alles andere: Diese Initiative ist nicht kontrovers. Kontrovers ist, dass die Schweiz immer noch nicht beigetreten ist.

Darum stehen wir heute hier – mit einer Botschaft aus der Bevölkerung. Sie lautet: Macht endlich ernst mit Abrüstung. Nehmt eure Verantwortung wahr. Stärkt das Völkerrecht. Und tretet dem Atomwaffenverbotsvertrag bei.»